

# Danziger Zeitung.

Nr 8484.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1. R. 15. Auswärts 1. R. 20. — Inserate, pro Seite 2 R., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reitemeyer und Rud. Wosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Dauke u. die Jäger'sche Buchhandlung; in Hannover: Carl Schüller; in Cöln: Neumann-Hartmann's Buch.

1874.

## Lotterie.

Bei der am 27. April fortgesetzten Bichung der 4. Klasse 149. Königlich preußischen Klassen-Lotterie fiel der erste Hauptgewinn von 150,000 Thlr. auf No. 49,443. 1. Gewinne von 2000 Thlr. fiel auf No. 15,731.

44 Gewinne von 1000 Thlr. fielen auf No. 1011  
3230 4623 5354 5390 11,271 18,070 27,345 28,093  
28,948 32,620 34,111 36,563 41,076 41,515 41,586  
43,727 45,017 46,225 48,339 50,659 51,738 54,476  
54,724 55,849 58,066 58,350 59,084 64,275 64,423  
64,974 66,937 66,948 69,845 73,846 74,045 75,310  
80,291 80,421 85,097 85,333 87,452 91,934 und 93,871.

43 Gewinne von 500 R. auf No. 1746 2964  
3878 7849 9003 11,646 15,690 17,916 19,496 20,883  
21,365 22,301 33,402 34,637 34,869 35,701 37,060  
43,676 44,487 46,099 48,783 58,944 61,983 63,885  
65,390 66,815 70,912 71,360 73,187 75,138 76,700  
77,912 78,698 79,241 81,079 84,089 85,654 87,228  
88,025 88,051 90,724 91,418 und 91,788.

75 Gewinne von 200 R. auf No. 702 855 1470  
1673 2107 3858 4775 4963 5246 5565 9203 10,268  
14,498 11,552 13,290 13,308 13,429 13,724 14,942  
15,253 16,679 17,855 19,548 20,478 21,242 24,382  
25,061 25,920 29,948 30,168 30,521 30,588 32,070  
34,664 36,108 36,412 37,147 37,203 37,255 41,782  
42,159 42,807 45,139 45,828 45,880 46,886 47,295  
48,015 51,016 52,122 52,371 54,699 55,444 55,875  
58,191 59,244 60,529 61,177 61,549 62,720 63,150  
63,725 64,574 64,145 66,447 71,673 72,287 75,349  
78,539 78,626 81,097 82,363 83,897 88,055 und  
93,876.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Angekommen 2 Uhr Nachm.

Paris, 28. April. Die "République française" bestätigt jetzt das Eintreffen des Grafen Chamberlain in Paris.

Rom, 28. April. Nach einer Mittheilung der "Agence Havas" hat sich die italienische Regierung über die Nizza betreffende Rede des Deputirten Piccon dahin ausgesprochen, daß dieselbe mit Vorsicht aufzunehmen sei, besonders die tendenziöse Anspielung betreffs des Plebiszits.

## Das neue Preßgesetz.

Die demnächstige Publication des Reichspresgesetzes, wie es aus der dritten Lesung des Reichstages hervorgegangen ist, steht außer Frage. Das Gesetz bleibt hinter den Anforderungen des Reichstages, wie sie durch die zweite Lesung Ausdruck erhielten und noch weiter hinter den Anforderungen des Reichstages zurückblieben. Es ist nun für sich betrachtet, daß das Preßgesetz auch in seiner unvollkommenen Gestalt vom Reichstage nicht abgelehnt werden. Mochte die Wagschale, ob Unternehmen oder Ablehnung, schwanken, die Vortheile des Gesetzes erschienen doch grübler als die Nachtheile. Allerdings ist die polizeiliche Beschlagnahme im Gesetz in einem sehr weiten Umfang zu lassen, die Beschlagnahme ausschließlich auf richterlichen Beschlüsse hat aber bisher nur für Hamburg, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg gegolten. Für die andern Länder war bisher die polizeiliche Beschlagnahme in erheblich größerem Umfange zulässig. Für Preußen fällt namentlich die Beschränkung vortheilhaft in's Gewicht, wonach sich die Beschlagnahme nicht auf Beilegen erstrecken darf. Auch ermöglicht die Vorchrift, die die Beschlagnahme veranlassende Stelle nebst dem Grunde derselben anzugeben, eine alsbaldige neue Anfrage. jedenfalls ist dies wichtiger, als die vorgesehene Verkürzung der Fristen für die Entscheidung über die Beschlagnahme. Eine Zeitung ist auch nach fünf Tagen — innerhalb dieser Zeit muß die polizeiliche Bestätigung erfolgen — schon vollständig Maculatur. Lebriens hindert den Reichstag nichts, auf die anderweitige Regelung der Beschlagnahme demnächst bei der deutschen Strafprozeßordnung zurückzukommen. Dasselbe gilt auch von der Frage des Zeugnisswanges. Die landesgesetzlichen Bestimmungen, welche den Redakteur vom Zeugnisswange befreien (z. B. in Baden) sind durch das Reichspresgesetz nicht aufgehoben. Wo übrigens der Redakteur selbst als Mithuldiger in Betracht kommen könnte — dies ist überall der Fall, wo das Preßzeugnis an sich den Thatbestand einer strafbaren Handlung begründet, darf derselbe schon

nach allgemeinen Grundsätzen des Strafprozesses das verlangte Zeugnis ablehnen.

Dies führt zur Frage der Verantwortlichkeit bei der periodischen Presse. Hier unterliegt es keinem Zweifel, daß die Verantwortlichkeit des Redacteurs geschäft ist fast gegen alle Particulargesetze. Nur „besondere Umstände“ befreien den Redakteur von der Strafe des Thäters. Die Einrede, den Artikel nicht gelesen zu haben, oder die Nennung des Verfassers hat keine Bedeutung mehr. Der Journalistengatt und die vorjährige Reichstagscommission wollten den Redakteur durch Nennung des Verfassers freisetzen. Es soll nicht gelungen werden, daß man dieser geschärften Verantwortlichkeit des Redacteurs im Reichstage feineswegs nur als einer Concession an die Regierung zugestimmt hat, die Meinung war vorherrschend, daß nicht die Abgabe des Beitrags durch den Verfasser an den Redakteur das für die Strafbarkeit maßgebende Moment sei, sondern daß erst die Aufnahme des Artikels in die Zeitung durch den Redakteur ihn zur Offenheit und Verbreitung bringe, — mit jener Abgabe werde der Artikel zur Verfügung des Redacteurs gestellt,

welcher ihn sich aneigne oder ablehne. — Andererseits ist im neuen Gesetz die eventuelle Verantwortlichkeit des Verlegers, Druckers, Verbreiters gegen die meisten Landesgesetze erheblich gemildert. Die Gleichstellung mit dem Thäter greift nicht an und für sich Platz; der Bestrafung wegen Ordnungswidrigkeit kann (gegen die Gesetze in Preußen, Bayern, Baden etc.) der Beweis der „Anwendung der pflichtgemäßen Sorgfalt oder solcher Umstände, welche die Anwendung unmöglich gemacht haben“ entgegengesetzt werden. Das Strafmahl ist freilich gegen Preußen (bisher nur Geldbußen) erhöht, die angedrohte Maximalbeschränkung der Freiheit (1 Jahr) bleibt aber hinter Baden (2 Jahre) zurück.

Im Ganzen ist es richtig, daß ohne die Rückicht auf die Verbesserungen der am meisten zurückstehenden preußischen Gesetzgebung das Reichspresgesetz unummehr Annahme im Reichstage gefunden hätte. Diese Verbesserungen sind freilich bedeutend genug: Aufhebung der Cautionen, des Zeitungstempels (in Hamburg auch des Insuratenstempels), der gerichtlichen Überfremdung der Beleidigung im Interesse des Dienstes sowie der Abänderung des Vorschriften des verantwortlichen Leiters unverzweigt. Ebensoviel läßt sich verkennt, daß die Wahrnehmung anderweitiger Interessen auf die Länge mit der vollständigen und unbefangenen Erfüllung einer diplomatischen Aufgabe ersten Ranges unvereinbar und schon darum eine Verzerrung im Interesse des Dienstes notwendig werden kann. Auch unser Artikel betonte das „le länger ist lieber“ des Potsdamer Correspondenten; aber nicht Alles ist deshalb besser, weil es länger währt; und darüber hat fälschlich nur das zu entscheiden, was wir „den Dienst“ nennen, nämlich strenge Erfüllung aller Pflichten in allen Verhältnissen und von Seiten eines jeden in seiner Stellung.

Dem Grafen Arnim werden also sehr unverblümkt zwei Vorwürfe gemacht, einmal nicht den empfohlenen Instructionen gefolgt zu sein, sondern Politik auf eigene Hand getrieben zu haben, und dann seine Stellung „ersten Ranges“ zu der Wahrnehmung anderweitiger Interessen“ mitverbraucht zu haben. Was das Letztere anbetrifft, so wird seit vorigem Sommer behauptet, Arnim habe bei den Fusionsprojekten der französischen Monarchisten seine Hand im Spiele gehabt; ja noch dieser Tage erzählte ein Pariser Blatt, der deutsche Botschafter habe im August dringend zur Fertigstellung des Königsthums gerathen, kürzlich sei er von den Legitimisten wieder zu Rathe gezogen, habe aber gemeint, es wäre jetzt nicht der richtige Zeitpunkt. Im Übrigen hängt der Zwiespalt zwischen den beiden Staatsmännern mit dem vaticanschen Concile zusammen. Arnim, damals Gesandter bei der römischen Curie, wollte einen Druck auf die Entschließungen der Bischöfe und die Curie ausüben, um die staatsgefährlichen Beschlüsse zu verhindern; Fürst Bismarck aber verschmähte dieses Mittel und sagte: Nehmen die deutschen Bischöfe eine entschiedene Stellung den jesuitischen Plänen gegenüber ein, so werde ich sie zu schützen wissen; einen Zwang will ich nicht auf sie ausüben, und sollten die verbündeten Beschlüsse wirklich gefaßt werden, so werden wir in Deutschland gestützt auf die deutsche Nation, auf dem Wege der Gesetzgebung die für den Staat gefährlichen Folgen zu verhindern wissen. Nun ist die Bekämpfung der römischen Hydra doch etwas schwieriger, als der Kanzler es damals vielleicht geglaubt, und Graf Arnim thut sich darauf etwas zu Gunze, daß er die Lage der Dinge damals besser übersehen habe, also ein größerer Staatsmann sei, als der berühmte Fürst Bismarck. Er sagt: Wäre der Kanzler damals meinem und

Danzig, den 28. April.

Das preußische Abgeordnetenhaus, das gestern nach elsiwochentlicher Pause wieder seine Sitzungen aufnahm, scheint in derselben Vollzähligkeit und mit derselben Aufstrengung arbeiten zu wollen, wie sein Vorgänger. Das fast ganz besetzte Haus hat nach den sechs- und siebenstündigten Reichstagsitzungen eine fünfstündige Beratung über das Expropriationsgesetz gephoben. Die Debatte war übrigens weder sehr klar noch sehr interessant und gab Gelegenheit zu allerlei Rätseln, namentlich zwischen den Eisenbahnverwaltungen und der Landwirtschaft.

Der noch in Paris weilende Graf Harry v. Arnim wird schwerlich Deutschland in Constantinopel vertreten. Der Zwiespalt zwischen dem Fürsten Bismarck und ihm, der bis jetzt nur, wenn auch sehr deutlich, vermuthet werden konnte, tritt jetzt offen zu Tage. Der Reichskanzler läßt in der heutigen „Nord. Allg. Ztg.“ auf den Grafen schwere Beschuldigungen häufen, ja die Veröffentlichung seines letzten Briefes ein Pronunciamiento nennen. Das offiziöse Blatt leitet nämlich den Abdruck jenes Briefes durch folgende Bemerkung ein:

Indem wir im Nachstehenden den in der „Allg. Ztg.“ veröffentlichten Brief des kaiserlichen Botschafters in Paris, Grafen von Arnim, an den Stiftsprobst Dr. v. Döllinger, wiedergeben, sind wir über Zusammenhang

offizielle Zeitung verklagt, „da Herr Salomo Filou, Präsidenten des Crédit perdu, das achtflindige eiserne Großkreuz des Sancte Crispini Ordens und dem Herrn Sections-Chef Claudius Edens v. Erzumüller der halbblöthige Verdienstorden aus sibirischem Graphit gnädigst verliehen worden sei“. Federmann dürfte danach im Stande sein, die den Decorirten zur Last gelegten Verdienste zu ermessen.

Schon vor mehr als 30 Jahren stellte der General v. Radowicz, damals Flügel-Adjutant Friedrich Wilhelm's IV., eine neue Ordensclassification auf. Er pflegte nämlich, wenn er im Kreise seiner Bekannten auf seine vielen Orden zu sprechen kam, letztere in drei Classen einzuteilen, und zwar rangierte er in die erste Classe die Orden, welche er sich auf dem Schlachtfelde, im Kampfe für's Vaterland mit seinem Blute, in die zweite Classe diejenigen Orden, welche er sich mit seiner Feder erworben hatte, und in die dritte Classe rangierte er die Wagenschmier-Orden, weil er diese Orden zumeist als fürstlicher Reisebegleiter erhalten habe, ohne als solcher ein anderes Verdienst aufzuweisen, als daß er immer auf schnelles Fortkommen, auf ein fleißiges, gute Schmieren der fürstlichen Reisewagen bedacht gewesen sei. Friedrich Wilhelm IV., dem

und Zweck dieser Veröffentlichung noch nicht vollständig unterrichtet. Da letztere aber unseres Blattes natürlich erwähnt, so nehmen wir keinen Anstand, schon jetzt zu bemerken, daß dieses Schreiben nicht blos factische Verichtigungen enthält, sondern polemische Erörterungen eines Vertreters der Kaiserlichen Regierung gegen deren politische Entschlüsse und Handlungen. Ein solches Pronunciamiento, gefüllt an vorausgehende „Entthüllungen“, zu der Tradition des preußischen Dienstes stimme, werden Andere beurtheilen: eben darum geben wir diesen Brief heute nur als Altersstück zur Zeitgeschichte.

Damit nicht genug ist des Kanzlers Unwill gegen Arnim auch noch aus einer andern Note in derselben Nummer der „Norddeutschen“ ersichtlich. Wir besprachen neulich die offiziöse Kundgebung über die Diplomaten. Auch die „Augst. Allgemeine“ hatte dies in einem aus Potsdam datirten Artikel gethan und dabei erwähnt, daß es mit dem ausgesprochenen Grundsatz, die Gesandten möchten womöglich Zeitlebens auf derselben Stelle bleiben, nicht vereinbar sei, daß Graf Arnim leider den Posten in Paris verlassen solle, nachdem er dort kaum zwei Jahre gewesen. Darauf antwortet das offiziöse Blatt:

In welchem Zusammenhange mit den Einwürfen aber der Ausdruck des beilaufenden Bedauerns steht, daß Graf Arnim den Pariser Botschafterposten schon nach zwei Jahren wieder verlässe, ist nicht recht ersichtlich. Bei keiner Laufbahn wird persönliche Theilnahme so vollständig gegen die Erfordernde des Dienstes und die Wohlfahrt des Reiches zurückzutreten haben. Großes Talent und ungleichbare Leistungsfähigkeit gehen leider nicht immer Hand in Hand mit der Gabe oder Bereitwilligkeit, die gegebene und gebotene Directive zu befolgen, sich als helfendes Glied dem größeren Ganzen einzufügen und die eigenen Eingebungen den Instructionen des verantwortlichen Leiters unterzuordnen. Ebensoviel läßt sich verkennt, daß die Wahrnehmung anderweitiger Interessen auf die Länge mit der vollständigen und unbefangenen Erfüllung einer diplomatischen Aufgabe ersten Ranges unvereinbar und schon darum eine Verzerrung im Interesse des Dienstes notwendig werden kann. Auch unser Artikel betonte das „le länger ist lieber“ des Potsdamer Correspondenten; aber nicht Alles ist deshalb besser, weil es länger währt; und darüber hat fälschlich nur das zu entscheiden, was wir „den Dienst“ nennen, nämlich strenge Erfüllung aller Pflichten in allen Verhältnissen und von Seiten eines jeden in seiner Stellung.

Dem Grafen Arnim werden also sehr unverblümkt zwei Vorwürfe gemacht, einmal nicht den empfohlenen Instructionen gefolgt zu sein, sondern Politik auf eigene Hand getrieben zu haben, und dann seine Stellung „ersten Ranges“ zu der Wahrnehmung anderweitiger Interessen“ mitverbraucht zu haben. Was das Letztere anbetrifft, so wird seit vorigem Sommer behauptet, Arnim habe bei den Fusionsprojekten der französischen Monarchisten seine Hand im Spiele gehabt; ja noch dieser Tage erzählte ein Pariser Blatt, der deutsche Botschafter habe im August dringend zur Fertigstellung des Königsthums gerathen, kürzlich sei er von den Legitimisten wieder zu Rathe gezogen, habe aber gemeint, es wäre jetzt nicht der richtige Zeitpunkt. Im Übrigen hängt der Zwiespalt zwischen den beiden Staatsmännern mit dem vaticanschen Concile zusammen. Arnim, damals Gesandter bei der römischen Curie, wollte einen Druck auf die Entschließungen der Bischöfe und die Curie ausüben, um die staatsgefährlichen Beschlüsse zu verhindern; Fürst Bismarck aber verschmähte dieses Mittel und sagte: Nehmen die deutschen Bischöfe eine entschiedene Stellung den jesuitischen Plänen gegenüber ein, so werde ich sie zu schützen wissen; einen Zwang will ich nicht auf sie ausüben, und sollten die verbündeten Beschlüsse wirklich gefaßt werden, so werden wir in Deutschland gestützt auf die deutsche Nation, auf dem Wege der Gesetzgebung die für den Staat gefährlichen Folgen zu verhindern wissen. Nun ist die Bekämpfung der römischen Hydra doch etwas schwieriger, als der Kanzler es damals vielleicht geglaubt, und Graf Arnim thut sich darauf etwas zu Gunze, daß er die Lage der Dinge damals besser übersehen habe, also ein größerer Staatsmann sei, als der berühmte Fürst Bismarck. Er sagt: Wäre der Kanzler damals meinem und

dieser Classification pflichtschuldigst hinterbracht wurde, fand dieselbe gar nicht so unrichtig; er wußte, daß fortwährend eine Menge seiner Unterthanen nach diesen Spielzeugen lebten, die nicht im entferntesten die Dienste aufzuweisen hatten, welche v. Radowicz auch als bloßer Reisebegleiter leistete.

Ogleich der En gros-Verbrauch der Wagenschmier für fürstliche Reisewagen seit der Einführung der Eisenbahnen ganz abgenommen hat, so ist doch der Wagenschmier-Orden nach wie vor zu einer En gros-Verwendung recht gut geeignet. Wenn der Herzog von Luiseburg mit Hilfe eines Separatzuges in sein glückliches Landlein zurückkehren will, so liegen dienstfertige Eisenbahn-Direktoren schon auf der Lauer, um sich in Gala-Uniform dem harmlosen Fürsten aufzudrängen und als Führer des Separatzuges sich in einem Compagnie-Klasse allen Beschwerden einer vier- bis sechsstündigen Fahrt zu unterziehen, ein gutes Schmieren der Achsen wird dabei nicht versäumt und der Luiseburg'sche Wagenschmier-Orden bleibt niemals aus.

Welchen Orden soll aber der Herr Bureau-Vorstand Max v. Döllingerburg bekommen? Er hat nicht blos die Gebüll seines Chefs, sondern auch die des Monarchen selbst durch eine merkwürdige Bezeichnung ermildert, eine gewöhnliche Landkarte,

Hohenlohe's Rath gezeigt, so hätten wir heute nicht den gefährlichen kirchenpolitischen Kampf. Dies liegt in dem Schluss seines Briefes an Döllinger, den wir hier noch einmal im Wortlaut folgen lassen:

„Ich meinerseits beharrte dabei, daß die Unternehmer der Campagne — wenn verfahren worden wäre, wie ich es im Sinne hatte — an den Helden erinnert haben würden, der auszog, die Welt zu erobern, und nach Parise ging, weil es regnete — infecta ro — colle trombo et al saecu. Am meisten bedauere ich, daß die durch den Fürsten Hohenlohe angelegten Berathungen nicht den Anlaß zu eingebenderen Verhandlungen gegeben haben. Wenn es gelungen wäre, die Wundersachen, welche auf dem Concil groß gezogen worden sind, im Keime zu ersticken, würden wir uns heute nicht in den unbegreiflichen Wirren befinden, finden, die so ziemlich alles in Frage stellen, was seit langer Zeit Gemeingut der Christenheit geworden zu sein scheint.“

Mit dem letzten Passus gibt Arnim zugleich unserer Kirchengesetzgebung einen Sieg, die ihm gegen das Christenthum selbst gerichtet ist. Er ist, so lange Fürst Bismarck am Ruder ist, nicht mehr möglich, er wird für die Zukunft, wie Maupertuis, den kaltgestellten Staatsmännern zugefüllt werden, die ihrer Zeit harren. Der Kanzler wird seine Politik nicht öffentlich von einem seiner untergebrachten Beamten in solcher Weise kritisieren lassen, zumal er ja nach Lucius und Diesepe viel auf seinen europäischen Ruf hält. Auch die „Entthüllungen“ der „Wiener Presse“ schreibt man dem Grafen selbst zu, wie die „N. A. Z.“ trotz des Deimenti von Seiten Arnim's deutlich durchblicken läßt.

Die gestern erwähnten Meldungen der Ministercrisis in Frankreich werden von den Pariser offiziösen Blättern dementiert und für Börsenmanöver erklärt. Dagegen behauptet Thiers' Organ, der „Bien public“, daß Depeyre und Larchy, die beiden legitimistischen Mitglieder des Cabinets, sich vor dem Zusammentritt der Kammer zurückziehen wollen. Dasselbe Blatt behauptet, Broglie wolle die konstitutionellen Gesetze bis November vertagen, um den Ausbruch der Krisis zu verhindern und seine Portefeuille bis dahin zu erhalten.

## Deutschland.

Berlin, 27. April. Die Reichsregierung legt sehr großen Wert darauf, daß vor Allem in der nächsten Reichstagsession diejenigen Vorlagen erledigt werden, welche diesmal unerledigt geblieben, namentlich die Entwürfe über den Rechnungshof und über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches. Die Aufstellung des Reichshaushaltsetats wird diesmal durch die Vorlegung des specialisierten Militäretats mit besonderen Mühen verhindert sein. Die Bundesregierungen sind aufgefordert worden, das erforderliche Material möglichst zeitig einzufinden. — In den zustehenden Bundesrats-Ausschüssen beschäftigte man sich heute mit dem Eisenbahn-Betriebsreglement, dessen Feststellung gegenüber den vielen praktischen Bedenken bezüglich der bestehenden Verhältnisse, so wie den zahlreichen Beschwerden seitens der Organe des Handelsstandes zu umfassenden Erörterungen geführt hat. Das

gestern noch zu einer Sitzung zusammengetreten. Es wurde dabei u. A. beschlossen, von dem elektrischen Abstimmungsapparate an Stelle der namentlichen Abstimmungen keinen Gebrauch zu machen. Man ging dabei von der Erwagung aus, daß die Parteien doch bei wichtigen Anlässen auf den feierlichen Act des Namensaufrufes nicht verzichten möchten, und durch die Isto in partes, welche sich so gut bewährt hat, der Namensaufruf doch nur in seltenen Fällen vorzunehmen möchte. Der Versuch mit dem neuen Apparat soll übrigens 6000 Thlr. kosten. — Seitens des Handelsministers werden dem Landtag noch einige Vorlagen zugehen. So ein Gesetz auf Gewährung von 50,000 Thlr. zu „Schäuprämiens für Pferdezucht“, wodurch die für Pferderennen abgesetzten Staatsprämiens ergänzt werden sollen und von 10,000 Thlr. zur Unterstützung der Pferdezucht auf der internationalen landwirtschaftlichen Ausstellung in Bremen. Eine zweite Vorlage bezieht sich auf Gewährung von 10 Mill. Thlr. zur Vermehrung des Betriebsmaterials namentlich der Ostbahn und der Niederschlesisch-Märkischen Bahn, — für erfahrene werden allein 7 Mill. Thlr. beansprucht — Beweis genug, daß die Regierung wenigstens bestrebt ist, den hervorgetretenen Mängeln abzuheben.

In denjenigen Königlichen Dienststweigen, in welchen neben einer Reihe von etatsmäßig angestellten Beamten eine Anzahl von diätarischen Hilfsarbeitern fungirt, hat sich mehr und mehr der unerwünschte Zustand entwickelt, daß die Zahl dieser letzteren im Vergleich zu der Zahl der etatsmäßigen Beamten eine verhältnismäßig große ist. Wie man der „Boss. Ztg.“ mittheilt, sollen nunmehr die hier unverkennbar vorliegenden Missstände durch eine entsprechende Vermehrung der etatsmäßigen Stellen in den hierbei in Betracht kommenden Dienststategorien möglichst beseitigt und außerdem das Dienstentkommen der diätarischen Hilfsarbeiter verbessert werden.

Aus Athen ist hier die Nachricht eingetroffen, daß ein deutsch-griechischer Vertrag über die Ausgrabungen zu Olympia unterzeichnet worden ist. Professor Curtius wollte am 22. April nach Olympia reisen und Mitte Mai in Berlin zurück sein.

Elberfeld, 27. April. Der Beigeordnete der Stadt Bremen und Vertreter derselben im Herrenhaus, Commerzienrat August Engels, ist gestorben.

München, 24. April. Es gilt für sicher, daß an die Stelle Kaulbach's der Professor Carl v. Pilos' zum Director der Münchener Kunst-Akademie ernannt werden wird. — Das Militärbeauftragter hat einen früher desertirten bayerischen Soldaten, der in die französische Fremdenlegion getreten war, und nachweislich im letzten Kriege gegen die Deutschen gekämpft hatte, zu einem „christlichen Blutbade“ gekommen ist.

gestehen Blätter, die ihm aufrichtig geworden gewesen, wie die „Newyork-Times“, daß jedes geringfügige Zugeständniß von Seiten eines Schankwirthes sofort als großer Sieg anzusehn sei, und daß in den meisten Fällen entschädigende Geldspenden, nicht Beklehrung, die angeblich steumüthigen zur Aufgabe ihres Gewerbes veranlaßt haben. Fast überall, wo der Spirituosenverkauf zeitweilig eingestellt wurde, blüht er jetzt läppiger als zuvor, besonders unter der deutschen Bevölkerung, die sich im Widerstande gegen die Besuchte am meisten hervorgeholt.

Amerikanischen Blättern zufolge ist es im Plane, einen neuen Staat in die amerikanische Union zuzulassen. Ein Gesetzesvorschlag für die Aufnahme des Territoriums Neu-Mexico in den Staatenbund der Vereinigten Staaten ist von dem Territorien-Comitis des Repräsentantenhauses mit 6 Stimmen gegen 1 genehmigt worden.

#### Afien.

An der „heiligen Stätte“ zu Bethlehem haben die christlichen Pilger abermals zu einer gewaltigen Rauferei Aulah gegeben. Einem seit einigen Jahren eingeführten Gebrauch gemäß veranstaltet der lateinische Convent im Frühjahr eine fromme Landpartie nach dem Jordan, an welcher sich die aus Europa angelangten Pilger zu beheiligen pflegen. Bei der Rückkehr wohnen sie gemeinsam einem Theorem in der Geburtsgröte bei. Am 9. d. M. kehrte die diesmal ganz besonders zahlreiche Pilgerschaar vom Jordan nach Bethlehem zurück und wollte, mit fliegenden Fahnen, in großer Proceßion sich zur Grotte durch das sogenannte „Eiserne Thor“ begeben.

Das türkische Militär, welches den Tempel von Bethlehem bewacht, um die Pilger verschiedener christlicher Konfessionen davon abzuhalten, sich gegenseitig die Hälse zu brechen, machte den Führern begreiflich, daß der lateinische Clerus zwar das Recht der Passage durch dieses Thor habe, aber daß unter den diesmaligen Verhältnissen der Weg durch das Portal des lateinischen Convents gehen müsse, welches in die Kirche selber führe. Darauf fiel die Masse der Pilger über die Truppen her, schlug die Offiziere und mishandelte die Soldaten.

Als der Districtsvorsteher sich ins Mittel legen wollte, wurde ihm nicht besser mitgespielt. In Folge dieser scandalösen Vorgänge finden Verhandlungen zwischen der Pforte und dem französischen Consulat statt. Es ist lediglich der

staatlichen Selbstbeherrschung der türkischen Truppen zu danken, daß es nicht an heiliger Stätte zu einem „christlichen Blutbade“ gekommen ist.

#### Abgeordnetenhaus.

##### 53. Sitzung vom 27. April.

Vor Eintritt der Lagesordnung erhält das Wort der Ab. Löwe. Derselbe gedenkt in warmen, anerkennenden Worten des Verlustes, den das Vaterland durch das Ableben des ehemaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Oberbürgermeisters Grabow erlitten hat. Namentlich hebt er dessen Tätigkeit als Präsident der Versammlung zur Conflictszeit hervor. Mit strenger Unparteilichkeit habe derselbe die lebhafte Beihaltung an den Geschäftsräten des Hauses selbst zu verhindern gewußt, und stets die Würde und das Ansehen des Hauses in schwierigster Zeit erfolgreich vertreten. — Das Haus ehrt, der Aufrichterung des Redners, das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plänen.

Zweite Beratung des Expropriationsgesetzes. Abg. Helf hebt die Vorzüge der Vorlage, die eine Ausführung des Art. 9 der Verf. ist, hervor und rechtfertigt die in demselben zur Gelung gelangenden Prinzipien, die sämtlich auf der dort gegebenen Basis beruhen, daß die Expropriation nur gegen eine entsprechende Entschädigung und im öffentlichen Interesse stattfinden soll. — § 1 wird ohne Debatte angenommen: „Das Grundeigenthum kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles für ein Unternehmen, dessen Ausführung die Ausübung des Enteignungsrechtes erfordert, gegen vollständige Entschädigung entzogen oder befrüchtet werden.“

§ 2. „Die Entziehung und dauernde Beschränkung des Grundeigenthums erfolgt auf Grund k. Verordnung, welche den Unternehmer und das Unternehmen, zu dem das Grundeigenthum in Anspruch genommen wird, bezeichnet. Die k. Verordnung wird durch das

Amtsblatt derselben Regierung bekannt gemacht, in deren Bezirk das Unternehmen ausgeführt werden soll.“

Berger beantragt: hinter den Worten: „die k. Verordnung wird“ einzufügen: „durch den Ressortminister und den Justizminister“ kontrahiert und“ ferner dem

§ 2 als drittes Alinea beifügen: „Dem Landtage der Monarchie ist alljährlich ein Bezeichniss derjenigen

Unternehmungen vorzulegen, welchen durch k. Verordnung das Enteignungsrecht verliehen worden ist.“

Abg. Berger (Witten) motiviert den ersten Antrag damit, daß es notwendig sei, die Mithinterchrift eines unparteiischen Ministers für eine solche Verordnung zu haben, da im Allgemeinen die Ressortminister stets ein besonderes einseitiges Interesse an dem ihrem Ressort angehörigen Falle nehmen. Redner erläutert dies durch ein Beispiel, in welchem ein Minister einer Höhnenverwaltung das Expropriationsrecht verliehen habe, da das betreffende industrielle Unternehmen nach seiner Ansicht einer besonderen Unterstützung bedarf. Der zweite Antrag bezwecke eine Controle darüber, in welcher Weise das der Regierung zu gestandene Recht ausgebüttet wird. Man habe zwar gefragt, wer sich beeinträchtigt glaube, könne den Petitionsweg an das Abgeordnetenhaus beschreiben. Indessen sei dieser Weg erfahrungsmäßig bei der großen Masse der eingehenden Petitionen von sehr zweifelhaftem Erfolge. Das Misstrauen, daß es Zeit sei Frankreich das Wort zurückzugeben, d. h. die Auflösung der jüngsten Kammer auszusprechen. Was die Stimmung in der Provinz für die Republikaner noch günstiger gestaltete, ist hauptsächlich das Gesetz über die Matrosen und die Vertragung der Gemeinderathswahlen. — Die „Correspondance catholique et royaliste“ ist wegen eines Artikels über Septemvium gerichtet verfolgt.

#### Frankreich.

Paris, 25. April. Die Union républicaine, der radicale parlamentarische Verein, hielt gestern Versammlung. Nach einer kurzen Begrüßung über die Vorfälle in der Sitzung des ständigen Ausschusses wurden die Berichte mitgetheilt, welche der Verein von seinen Mitgliedern erhalten, die sich in der Provinz befinden. Aus denselben geht hervor, daß die republikanische Meinung tagtäglich Fortschritte macht, und daß man allgemein wünscht, daß in den bevorstehenden Sessioen der National-Versammlung die Parteien endlich einsehen, daß es Zeit sei Frankreich das Wort zurückzugeben, d. h. die Auflösung der jüngsten Kammer auszusprechen. Was die Stimmung in der Provinz für die Republikaner noch günstiger gestaltete, ist hauptsächlich das Gesetz über die Matrosen und die Vertragung der Gemeinderathswahlen. — Die „Correspondance catholique et royaliste“ ist wegen eines Artikels über Septemvium gerichtet verfolgt.

#### England.

London, 27. April. Wie der „Hour“ wissen will, würde Prinz Alphons, der Sohn der ehemaligen Königin Isabella von Spanien, demnächst seinen Wohnsitz in England nehmen, da er die Artillerieschule zu Woolwich zu besuchen beabsichtigt.

#### Amerika.

Newyork, 26. April. Nach einem auf 73 verschiedene Abschätzungen gestützten Ueberschlag ist der mittlere Durchschnittsertrag der diesjährigen Baumwollenernte in den Unionstaaten auf 4,132,000 Ballen anzuschlagen. (W. T.)

Der Weiberkriegzug gegen den Alkohol fristet jetzt nur noch ein kümmerliches Leben in den Dörfern des nördlichen Ohio und hat auch niemals die Ausdehnung besessen, die ihm im Anfang allgemein zugeschrieben worden. Heute

anziehen, um darüber zu entscheiden, ob eine Expropriation durch das öffentliche Wohl geboten sei.

— Abg. Berger: Es handelt sich hier um keinen Eingriff in die Verwaltung, sondern um eine bloße Kontrolle. Der Vorredner meinte, es müsse eine feste Praxis sein, die bilde in Beurtheilung dieser Frage. Die Person des Minister wechselt aber und damit auch die feste Praxis. Der Landesvertretung muß eben Gelegenheit gegeben werden, sich über die befohlene Praxis äußern zu können. Das Bezeichniss soll nur den Zweck haben, die Landesvertretung zu überzeugen, ob dauernd von dem Gesetz ein richtiger Gebrauch gemacht wird. Von der Kontrolle des Justizministers verpreßt ich mir auch den Erfolg, daß die Ressortminister die Sache viel vorsichtiger anfassen werden, als sie sonst thun würden. — Nachdem noch Prof. Baehr (Kassel) sich gegen die Anträge Berger's erklärt hat, werden dieselben abgelehnt und § 2 unverändert angenommen.

§ 3 gestattet die Expropriation schon durch eine Verfügung der Bezirksregierung dann, wenn sie zum Zweck der Gradelegung u. s. w. von öffentlichen Wegen geschieht und zwar auf Grundstücken, die außerhalb von Ortschaften liegen und von Gebäuden frei sind. — Abg. Windthorst (Bielefeld) beantragt, den § 3 zu streichen, event. gegen jede Verfügung binnen 10 Tagen Recurs an die vorgefeierte Ministerialinstanz zu gestatten. — Der Commissar Jacobi protestiert gegen die Streichung des Paragraphen. Derselbe sei lediglich eine Reproduction der analogen Bestimmung in den meisten bestehenden Verordnungen. Gegen den verlangten Recurs hat er nichts einzuwenden. — Auch Lasler, Meiquel, Bening und v. Karolff sprechen gegen die Streichung des Paragraphen. Derselbe sei lediglich eine Reproduction der analogen Bestimmung in den meisten bestehenden Verordnungen. Gegen den verlangten Recurs hat er nichts einzuwenden. — Auch Lasler, Meiquel, Bening und v. Karolff sprechen gegen die Streichung des Paragraphen. Derselbe sei lediglich eine Reproduction der analogen Bestimmung in den meisten bestehenden Verordnungen. Gegen den verlangten Recurs hat er nichts einzuwenden. — Auch Lasler, Meiquel, Bening und v. Karolff sprechen gegen die Streichung des Paragraphen. Derselbe sei lediglich eine Reproduction der analogen Bestimmung in den meisten bestehenden Verordnungen. Gegen den verlangten Recurs hat er nichts einzuwenden.

§ 4 wird nach einer Debatte in folgender Fassung angenommen: „Die Entschädigung für die Abtreitung des Grundeigenthums besteht in dem vollen Werthe des abzutretenden Grundstücks, einschließlich der entgangenen Zubehörungen und Früchte. Wird nur ein Theil von einem Grundstück in Anspruch genommen, so umfaßt die Entschädigung zugleich den Wertewert, welchen der abzutretende Theil durch seine örtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit den Gängen hat, sowie den Minderwert, welcher für das Restgrundstück durch die Abtreitung entsteht.“ — § 5 lautet: „Beträgt der durch die Abtreitung entstehende Minderwert des Restgrundstücks mehr als ein Viertel des Restgrundstücks, welche das Restgrundstück als Theil des Ganges hatte, so muß auf Antrag des Unternehmers die Abtreitung auf die in ihrem Werthe verminderten Theile des Grundstücks ausgedehnt werden, wenn der Eigentümer nicht mit dem vierten Theile seines Werthes als Vergütung für die Werthverminderung sich begnügen will.“ — § 6 gibt dem Eigentümer das Recht von dem Unternehmer auch die Übernahme des Restgrundstücks zu verlangen. Windthorst (Bielefeld) will beide Paragraphen zu einem zusammenfassen, der den Eigentümer in seinem Interesse schützen will. Lasler empfiehlt die Streichung des § 9; damit würde dem Bestreben des Abg. Windthorst Genüge geschehen. Nachdem Windthorst seinen Antrag zurückgezogen, wird § 9 abgelehnt, § 10 nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

§ 11: „Die bisherige Benutzungsart kann bei der Abfahrt nur bis zu demjenigen Geldbetrage Verüchtigung finden, welcher das Restgrundstück als Theil des Ganges hatte, so muß auf Antrag des Unternehmers die Abtreitung auf die in ihrem Werthe verminderten Theile des Grundstücks ausgedehnt werden, wenn der Eigentümer nicht mit dem vierten Theile seines Werthes als Vergütung für die Werthverminderung sich begnügen will.“ — § 12 gibt dem Eigentümer das Recht von dem Unternehmer auch die Übernahme des Restgrundstücks zu verlangen. Windthorst (Bielefeld) will beide Paragraphen zu einem zusammenfassen, der den Eigentümer in seinem Interesse schützen will. Lasler empfiehlt die Streichung des § 9; damit würde dem Bestreben des Abg. Windthorst Genüge geschehen. Nachdem Windthorst seinen Antrag zurückgezogen, wird § 9 abgelehnt, § 10 nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

§ 11: „Die bisherige Benutzungsart kann bei der Abfahrt nur bis zu demjenigen Geldbetrage Verüchtigung finden, welcher erforderlich ist, damit der Eigentümer ein anderes Grundstück in derselben Weise und mit gleichem Ertrage benutzen kann. Eine Werthverhöhung, welche das abzutretende Grundstück erst in Folge der neuen Anlage erhält, kommt bei der Bezeichnung der Entschädigung nicht in Ansatz.“ Schmidt (Sagan) und Windthorst (Bielefeld) beantragen den ersten Satz dieses Paragraphen zu streichen; denn die bisherige Benutzungsart kann entweder des öffentlichen Werthes, welcher das Restgrundstück als Theil des Ganges war, oder des wirtschaftlichen Zusammenhangs mit dem Gange hat, sowie den Minderwert, welcher für das Restgrundstück durch die Abtreitung entsteht.“ — § 12 lautet: „Beträgt der durch die Abtreitung entstehende Minderwert des Restgrundstücks mehr als ein Viertel des Restgrundstücks, welche das Restgrundstück als Theil des Ganges hatte, so muß auf Antrag des Unternehmers die Abtreitung auf die in ihrem Werthe verminderten Theile des Grundstücks ausgedehnt werden, wenn der Eigentümer nicht mit dem vierten Theile seines Werthes als Vergütung für die Werthverminderung sich begnügen will.“ — § 13 gibt dem Eigentümer das Recht von dem Unternehmer auch die Übernahme des Restgrundstücks zu verlangen. Windthorst (Bielefeld) will beide Paragraphen zu einem zusammenfassen, der den Eigentümer in seinem Interesse schützen will. Lasler empfiehlt die Streichung des § 9; damit würde dem Bestreben des Abg. Windthorst Genüge geschehen. Nachdem Windthorst seinen Antrag zurückgezogen, wird § 9 abgelehnt, § 10 nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

§ 12: „Die bisherige Benutzungsart kann bei der Abfahrt nur bis zu demjenigen Geldbetrage Verüchtigung finden, welcher erforderlich ist, damit der Eigentümer ein anderes Grundstück in derselben Weise und mit gleichem Ertrage benutzen kann. Eine Werthverhöhung, welche das abzutretende Grundstück erst in Folge der neuen Anlage erhält, kommt bei der Bezeichnung der Entschädigung nicht in Ansatz.“ Schmidt (Sagan) und Windthorst (Bielefeld) beantragen den ersten Satz dieses Paragraphen zu streichen; denn die bisherige Benutzungsart kann entweder des öffentlichen Werthes, welcher das Restgrundstück als Theil des Ganges war, oder des wirtschaftlichen Zusammenhangs mit dem Gange hat, sowie den Minderwert, welcher für das Restgrundstück durch die Abtreitung entsteht.“ — § 13 lautet: „Beträgt der durch die Abfahrt entstehende Minderwert des Restgrundstücks mehr als ein Viertel des Restgrundstücks, welche das Restgrundstück als Theil des Ganges hatte, so muß auf Antrag des Unternehmers die Abtreitung auf die in ihrem Werthe verminderten Theile des Grundstücks ausgedehnt werden, wenn der Eigentümer nicht mit dem vierten Theile seines Werthes als Vergütung für die Werthverminderung sich begnügen will.“ — § 14 gibt dem Eigentümer das Recht von dem Unternehmer auch die Übernahme des Restgrundstücks zu verlangen. Windthorst (Bielefeld) will beide Paragraphen zu einem zusammenfassen, der den Eigentümer in seinem Interesse schützen will. Lasler empfiehlt die Streichung des § 9; damit würde dem Bestreben des Abg. Windthorst Genüge geschehen. Nachdem Windthorst seinen Antrag zurückgezogen, wird § 9 abgelehnt, § 10 nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

§ 13: „Die bisherige Benutzungsart kann bei der Abfahrt nur bis zu demjenigen Geldbetrage Verüchtigung finden, welcher erforderlich ist, damit der Eigentümer ein anderes Grundstück in derselben Weise und mit gleichem Ertrage benutzen kann. Eine Werthverhöhung, welche das abzutretende Grundstück erst in Folge der neuen Anlage erhält, kommt bei der Bezeichnung der Entschädigung nicht in Ansatz.“ Schmidt (Sagan) und Windthorst (Bielefeld) beantragen den ersten Satz dieses Paragraphen zu streichen; denn die bisherige Benutzungsart kann entweder des öffentlichen Werthes, welcher das Restgrundstück als Theil des Ganges war, oder des wirtschaftlichen Zusammenhangs mit dem Gange hat, sowie den Minderwert, welcher für das Restgrundstück durch die Abtreitung entsteht.“ — § 14 lautet: „Beträgt der durch die Abfahrt entstehende Minderwert des Restgrundstücks mehr als ein Viertel des Restgrundstücks, welche das Restgrundstück als Theil des Ganges hatte, so muß auf Antrag des Unternehmers die Abtreitung auf die in ihrem Werthe verminderten Theile des Grundstücks ausgedehnt werden, wenn der Eigentümer nicht mit dem vierten Theile seines Werthes als Vergütung für die Werthverminderung sich begnügen will.“ — § 15 gibt dem Eigentümer das Recht von dem Unternehmer auch die Übernahme des Restgrundstücks zu verlangen. Windthorst (Bielefeld) will beide Paragraphen zu einem zusammenfassen, der den Eigentümer in seinem Interesse schützen will. Lasler empfiehlt die Streichung des § 9; damit würde dem Bestreben des Abg. Windthorst Genüge geschehen. Nachdem Windthorst seinen Antrag zurückgezogen, wird § 9 abgelehnt, § 10 nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

§ 14: „Die bisherige Benutzungsart kann bei der Abfahrt nur bis zu demjenigen Geldbetrage Verüchtigung finden, welcher erforderlich ist, damit der Eigentümer ein anderes Grundstück in derselben Weise und mit gleichem Ertrage benutzen kann. Eine Werthverhöhung, welche das abzutretende Grundstück erst in Folge der neuen Anlage erhält, kommt bei der Bezeichnung der Entschädigung nicht in Ansatz.“ Schmidt (Sagan) und Windthorst (Bielefeld) beantragen den ersten Satz dieses Paragraphen zu streichen; denn die bisherige Benutzungsart kann entweder des öffentlichen Werthes, welcher das Restgrundstück als Theil des Ganges war, oder des wirtschaftlichen Zusammenhangs mit dem Gange hat, sowie den Minderwert, welcher für das Restgrundstück durch die Abtreitung entsteht.“ — § 15 lautet: „Beträgt der durch die Abfahrt entstehende Minderwert des Restgrundstücks mehr als ein Viertel des Restgrundstücks, welche das Restgrundstück als Theil des Ganges hatte, so muß auf Antrag des Unternehmers die Abtreitung auf die in ihrem Werthe verminderten Theile des Grundstücks ausgedehnt werden, wenn der Eigentümer nicht mit dem vierten Theile seines Werthes als Vergütung für die Werthverminderung sich begnügen will.“ — § 16 gibt dem Eigentümer das Recht von dem Unternehmer auch die Übernahme des Restgrundstücks zu verlangen. Windthorst (Bielefeld) will beide Paragraphen zu einem zusammenfassen, der den Eigentümer in seinem Interesse schützen will. Lasler empfiehlt die Streichung des § 9; damit würde dem Bestreben des Abg. Windthorst Genüge geschehen. Nachdem Windthorst seinen Antrag zurückgezogen, wird § 9 abgelehnt, § 10 nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

§ 15: „Die bisherige Benutzungsart kann bei der Abfahrt nur bis zu demjenigen Geldbetrage Verüchtigung finden, welcher erforderlich ist, damit der Eigentümer ein anderes Grundstück in derselben Weise und mit gleichem Ertrage benutzen kann. Eine Werthverhöhung, welche das abzutretende Grundstück erst in Folge der neuen Anlage erhält, kommt bei der Bezeichnung der Entschädigung nicht in Ansatz.“ Schmidt (Sagan) und Windthorst (Bielefeld) beantragen den ersten Satz dieses Paragraphen zu streichen; denn die bisherige Benutzungsart kann entweder des öffentlichen Werthes, welcher das Restgrundstück als Theil des Ganges war, oder des wirtschaftlichen Zusammenhangs mit dem Gange hat, sowie den Minderwert, welcher für das Restgrundstück durch die Abtreitung entsteht.“ — § 16 lautet: „Beträgt der durch die Abfahrt entstehende Minderwert des Restgrundstücks mehr als ein Viertel des Restgrundstücks, welche das Restgrundstück als Theil des Ganges hatte, so muß auf Antrag des Unternehmers die Abtreitung auf die in ihrem Werthe verminderten Theile des Grundstücks ausgedehnt werden, wenn der Eigentümer nicht mit dem vierten Theile seines Werthes als Vergütung für die Werthverminderung sich begnügen will.“

\* Der Reichs-Disciplinarhof (als welcher bekanntlich das Reichsüberhaupt ist) in Leipzig fungirt, hat entschieden, daß Postsecretaire nur mittelbare und lediglich die oberen Postverwaltungen und Aufsichtsbeamten immittelbare Reichsbeamte sind. Die von den Landesregierungen angestellten Postsecretaire sind zunächst Landesbeamte und ihrer Landesregierung in Bezug auf Disciplin etc. unterordnet, weshalb gegen einen in Preußen angestellten und fungirenden Postsecretaire die discipularische Untersuchung nach Maßgabe des preußischen Disciplinar Gesetzes vom 21. Juli 1852 erfolgen muß.

\* Capt. Gronewald, Schiff „Naflea“, von Newcastle nach Danzig mit Gütern bestimmt, ist bei Helsa (Leuchtturm) auf Grund gerathen. Der Dampfer „Drache“ ist ausgängen, um einen Abbringungsversuch zu machen.

Marienwerder, 27. April. Donnerstag, den 30. Mai, werden einige Primaer und Secundaner des hiesigen kgl. Gymnasiums die Antigone des Sophos mit der Musik von Mendelssohn-Bartholdy in Scene setzen. Da die Aufführung zu einem wohltäglichen Zweck veranstaltet wird, so darf wohl ein recht zahlreicher Besuch erwartet werden.

Elbing, 27. April. Gestern machte ein kleines, sehr niedliches Dampfboot, welches in der Schichauischen Fabrik hier selbst erbaut ist, eine Probefahrt auf dem Elbingfluss. Wie verlautet, sollen eine größere Anzahl ähnlicher kleiner Dampfschiffe bei Herrn Schichau bestellt sein, um in der R. Marine als Signalboote verwendet zu werden.

- Culm, 27. April. Die Inspection der katholischen Schulen zu Gr. Czest, Biensko, Althausen und Kiel ist dem Gymnasiallehrer Dr. Nönspeck zum Culm von der Regierung übertragen worden. - Dem hiesigen evangelischen Waisenhaus ist von einer hiesigen Dame ein Geschenk von 100 R. gemacht worden.

Strasburg, 27. April. Auf dem letzten Kreistage in Neumarkt wurde der Kreis-Communal-Kassen-Projekt pro 1874 in Einnahme und Ausgabe auf 22,983 R. festgestellt. Die erforderlichen Kreis-Alababen im Betrage von 13,670 R. sind nach dem Soll des Vorjahrs an Grund-, Gebäude-, Klasse- und Ein-Kommunensteuer durch Zuschläge zu denselben aufzubringen. Die Gemeinden haben für den ganzen auf sie reparierten Betrag aufzukommen. Die Forenzen sind mit heranzuziehen. Der Fristus in Bezug auf seine Liegenschaften ist mit der um die Hälfte erhöhten Grund- und Gebäudesteuer zu veranlassen. Bei Reparation der für den westpreußischen Landarmen-Verband pro 1874 aufzubringenden Landarmen-, Hebammen-Unterstützungs- und Irrenhaus-Beiträge von 2552 R. kommt derselbe Modus zur Anwendung. Der Kreis erklärte sich bereit, die Aufführung einer Staats-Chauffe von Osterode nach Löbau durch unentgeltliche Übergabe des Grund und Bodens und Uebernahme der Nutzungsentzädigungen innerhalb des Kreises zu unterrichten. Auf das Project der Gründung einer Provinzial-Taubstummen-Anstalt unter benachbarten Kreisen soll erst dann näher eingegangen werden, wenn die Feststellung der vom Staate aus der Provinz bereit zu stellenden Zuflüsse erfolgt sein wird. Die Beschlußfassung über Erhöhung des Kreisparishes von 2½ auf 4% wird vertagt. Der Kreis-Ausschuss wird eracht, bei dem Hauptamt-Directorum in Berlin die geeigneten Schritte zu thun, um die Zuschlagung des Kreises Löbau zum Bezirk der Bank-Commandante in Thorn zu erwirken. Der Kreisrat gibt den Plan auf, die erforderlichen Fonds zur Converting der ausgegebenen Kreis-Obligationen und zur Contrahebung neuer Kreischulden Beihufs Bestreitung der anfallenden Kosten der Chauffe-Nebenbauten durch Anteile beim Reichs-Invalidenfonds zu beschaffen und bewilligt den Kreis-Ausschuss, die Converting der 5% Kreis-Obligationen in 4½% herbeizuführen, insofern sowohl die Mediatitäten, als die Wahl der Leute zu diesem Zwecke amheim geblieben.

\* Der „Reichsanzeiger“ publicirt das R. Privilegium wegen eventueller Ausgabe auf jeden Inhaber lautender Schulverschreibungen des Kreises Granaudenz zum Betrage von 666,000 Mark Reichswährung vom 30. März 1874.

Thorn, 24. April. Der Prozeß, welcher gegen die früheren und jetzigen Magistratsmitglieder eingeleitet worden, weil die städtische Gas-Anstalt nicht zur Gewerbesteuer angemeldet worden ist, dürfte sich in seinem Verlauf interessant gestalten. Alle seit 1859 im Amt gewesenen preußischen Finanzminister werden als Zeugen fungiren. Wertwürdig bleibt bei diesem Vorfall, daß die Regierung zu Marienwerder erst jetzt die Untersuchung beantragt, während sie doch schon aus den jährlich eingesandten Eats ersehen mußte, daß in Thorn eine städtische Gas-Anstalt existirt; zur Bezeichnung der Mittel zum Bau der Gas-Anstalt ist übrigens s. B. eine Anteile beschränkt und von der Regierung genehmigt worden, deren Zweck ganz ausdrücklich angegeben worden war! - Die Mitglieder des Stadtrat der Stadt-Collegiums haben in der letzten Zeit eine so geringe Beihilfung an den Sitzungen gezeigt, daß zu den drei letzten Sitzungen die heilsame Anzahl von Stadtratssitzungen nicht erreichten war. Die Wahlen werden in Zukunft sorgfam vorgenommen werden müssen, wenn hier eine Beziehung eintreten soll.

(Bib. 3)

Königsberg, 28. April. General-Feldmarschall v. Manteuffel hat in einem Schreiben von Berlin aus an die Familie des verstorbenen Dr. Burrow denselben seine Teilnahme ausgesprochen, unter Hinweis auf die Verdienste des Dabingriedediensten, welches denselbe sich in den Kriegen 1866, 1870/1 als Generalalarzt in seiner Armee erworben hat. - Die Pfeifer arbeiten in der Stadt ruhen nun vollständig, da gestern auch die letzten Steinjäger, Salzträger etc. die

Arbeit niedergelegt und sich dem Strike angeschlossen haben.

\* Dem Regierungsrath Freitag in Königsberg sind die Geschäfte eines Präfekturhofs beim Oberpräsidium von Posen übertragen worden.

Villkallen, 26. April. Nach Aufhebung der bis-

herigen Preisbeschränkungen, namentlich dem Wegfall

der Zeitungsaufgabe und der Stempelsteuer, wird vom

1. Juli d. J. ab auch am hiesigen Orte ein politi-

sches liberalles Blatt zweimal wöchentlich heraus-

gegeben werden.

\* Der Director des Schullehrer-Seminars zu

Bromberg, Giebel, ist zum Regierungss- und Schul-

rath ernannt und der R. Regierung zu Düsseldorf

überwiesen worden.

### Bermischtes.

Zum 23. April, dem Geburtstag des Königs von Sachsen, brachte die Militärzeitung „Kamerad“ ein Gedicht, das mit den Worten beginnt: „O Gott, wie bist du groß im Sachsenland!“

Bern, 23. April. Gestern um 2 Uhr Nachmittags hat im Wabtpalast zu Genf die Versteigerung der zur Hinterlassenschaft des Herzogs Karl von Braunschweig gehörenden Diamanten, Perlen und Kunstgegenstände begonnen. Die zum Verkauf ausgerufenen Gegenstände wurden ein jedes Mal den Käufern, unter denen deutsche, französische, englische und holländische Häuser vertreten waren, auf einer mit schwarzen Samt überzogenen Platte zur Ansicht präsentiert. Gestern wurden im Ganzen für 96,425 Frs. verlaufen. Eine silberne Tasse erzielte 10,500 Frs. fünf Uhren 1400, 2200, 2400, 2700 und 3500 Francs. Ringe fanden weniger Liebhaber, 5 Nummern mußten zurückgezogen werden; gesucht dagegen waren Knöpfe, von denen 2, welche nur auf 6300 Fr. geschäft waren, für 9100 Fr. verlaufen wurden. Von Diamanten und farbigen Steinen wurde eine Pendule, die zu 14,700 Fr. ausgerufen, zu 18,100 Fr. losgeschlagen; 3 Rubinen erzielten 5320 Fr., 4 andere, auf 5000 Fr. geschäft, 13,200 Fr., und noch 3 andere, zu 3200 Fr. ausgerufen, 5300 Fr., 36 Saphire, 150 Karat, wiegend, endlich gingen mit 5450 Fr. weg.

C Strasburg, 27. April. Auf dem letzten Kreis-

tage in Neumarkt wurde der Kreis-Communal-

Kassen-Projekt pro 1874 in Einnahme und Ausgabe auf

22,983 R. festgestellt. Die erforderlichen Kreis-Alababen

im Betrage von 13,670 R. sind nach dem Soll des

Vorjahrs an Grund-, Gebäude-, Klasse- und Ein-

Kommunensteuer durch Zuschläge zu denselben aufzubringen.

Die Gemeinden haben für den ganzen auf sie repara-

tierten Betrag aufzukommen. Die Forenzen sind mit

heranzuziehen. Der Fristus in Bezug auf seine Liegenschaften ist mit der um die Hälfte erhöhten Grund- und Gebäudesteuer zu veranlassen. Bei Reparation

der für den westpreußischen Landarmen-Verband pro

1874 aufzubringenden Landarmen-, Hebammen-Unter-

stützungs- und Irrenhaus-Beiträge von 2552 R. kommt

derselbe Modus zur Anwendung. Der Kreis erklärte

sich bereit, die Aufführung einer Staats-Chauffe von

Osterode nach Löbau durch unentgeltliche Übergabe des

Grund und Bodens und Uebernahme der Nutzungsentzädigungen innerhalb des Kreises zu unterrichten.

Auf das Project der Gründung einer Provinzial-

Taubstummen-Anstalt unter benachbarten Kreisen soll erst

dann näher eingegangen werden, wenn die Feststellung der

vom Staate aus der Provinz bereit zu stellenden Zu-

flüsse erfolgt sein wird. Die Beschlusffassung über Erhöhung des Kreisparishes von 2½ auf 4% wird vertagt. Der Kreis-Ausschuss wird eracht, bei dem Hauptamt-Directorum in Berlin die geeigneten Schritte zu thun, um die Zuschlagung des Kreises Löbau zum Bezirk der Bank-Commandante in Thorn zu erwirken. Der Kreisrat gibt den Plan auf, die erforderlichen Fonds zur Converting der ausgegebenen Kreis-Obligationen und zur Contrahebung

neuer Kreischulden Beihufs Bestreitung der anfallenden Kosten der Chauffe-Nebenbauten durch Anteile beim Reichs-Invalidenfonds zu beschaffen und bewilligt den Kreis-Ausschuss, die Converting der 5% Kreis-Obligationen in 4½% herbeizuführen, insofern sowohl die Mediatitäten, als die Wahl der Leute zu diesem Zwecke amheim geblieben.

\* Der „Reichsanzeiger“ publicirt das R. Privilegium

wegen eventueller Ausgabe auf jeden Inhaber lautender

Schulverschreibungen des Kreises Granaudenz zum

Betrag von 666,000 Mark Reichswährung vom

30. März 1874.

Thorn, 24. April. Der Prozeß, welcher gegen die früheren und jetzigen Magistratsmitglieder eingeleitet worden, weil die städtische Gas-Anstalt nicht zur Gewerbesteuer angemeldet worden ist, dürfte sich in seinem Verlauf interessant gestalten. Alle seit 1859 im Amt gewesenen preußischen Finanzminister werden als Zeugen fungiren. Wertwürdig bleibt bei

diesem Vorfall, daß die Regierung zu Marienwerder

erst jetzt die Untersuchung beantragt, während sie doch

schon aus den jährlich eingesandten Eats ersehen mußte,

dass in Thorn eine städtische Gas-Anstalt existirt;

zur Bezeichnung der Mittel zum Bau der Gas-Anstalt ist

übrigens s. B. eine Anteile beschränkt und von der

Regierung genehmigt worden, deren Zweck ganz aus-

drücklich angegeben worden war! - Die Mitglieder

des Stadtrat der Stadt-Collegiums haben in der

letzten Zeit eine so geringe Beihilfung an den Sitzungen

gezeigt, daß zu den drei letzten Sitzungen die heilsame

Anzahl von Stadtratssitzungen nicht erreichten

war. Die Wahlen werden in Zukunft sorgfam vorgenommen werden müssen, wenn hier eine Beziehung

eintreten soll.

(Bib. 3)

Königsberg, 28. April. General-Feldmarschall

v. Manteuffel hat in einem Schreiben von Berlin aus an die Familie des verstorbenen Dr. Burrow den-

selben seine Teilnahme ausgesprochen, unter Hinweis

auf die Verdienste des Dabingriedediensten, welches den-

selbe sich in den Kriegen 1866, 1870/1 als Generalalarzt

in seiner Armee erworben hat. - Die Pfeifer arbeiten

in der Stadt ruhen nun vollständig, da gestern auch die

letzten Steinjäger, Salzträger etc. die

Arbeit niedergelegt und sich dem Strike angeschlossen

haben.

\* Dem Regierungsrath Freitag in Königsberg sind die Geschäfte eines Präfekturhofs beim Oberprä-

sidium von Posen übertragen worden.

Villkallen, 26. April. Nach Aufhebung der bis-

herigen Preisbeschränkungen, namentlich dem Wegfall

der Zeitungsaufgabe und der Stempelsteuer, wird vom

1. Juli d. J. ab auch am hiesigen Orte ein politi-

sches liberalles Blatt zweimal wöchentlich heraus-

gegeben werden.

\* Der Director des Schullehrer-Seminars zu

Bromberg, Giebel, ist zum Regierungss- und Schul-

rath ernannt und der R. Regierung zu Düsseldorf

überwiesen worden.

\* Capt. Gronewald, Schiff „Naflea“, von New-

castle nach Danzig mit Gütern bestimmt, ist bei Helsa

(Leuchtturm) auf Grund gerathen. Der Dampfer

„Drache“ ist ausgängen, um einen Abbringungsversuch

zu machen.

△ Marienwerder, 27. April. Donnerstag, den

30. Mai, werden einige Primaer und Secundaner

des hiesigen kgl. Gymnasiums die Antigone des

Sophos mit der Musik von Mendelssohn-Bartholdy

in Scene setzen. Da die Aufführung zu einem wohltäglichen Zweck veranstaltet wird, so darf wohl ein

recht zahlreicher Besuch erwartet werden.

Elbing, 27. April. Gestern machte ein kleines,

sehr niedliches Dampfboot, welches in der Schichau-

ischen Fabrik hier selbst erbaut ist, eine Probefahrt auf

dem Elbingfluss. Wie verlautet, sollen eine größere

Anzahl ähnlicher kleiner Dampfschiffe bei Herrn Schichau bestellt sein, um in der R. Marine als Signalboote

verwendet zu werden.

- Culm, 27. April. Die Inspection der katholischen Schulen zu Gr. Czest, Biensko, Althausen und Kiel ist dem Gymnasiallehrer Dr. Nönspeck

zum Culm von der Regierung übertragen worden. - Dem hiesigen evangelischen Waisenhaus ist von

einer hiesigen Dame ein Geschenk von 100 R. gemacht

worden.

C Strasburg, 27. April. Auf dem letzten Kreis-

Gestern Abend 6½ Uhr wurde meine liebe Frau Sophie, geborene Braunschweig, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden. Danzig, den 28. April 1874. Dr. Tornwaldt.

Die heute in Berlin vollzogene Verlobung meiner einzigen Tochter Sophie mit dem Kaufmann Herrn Ludwig Suckmann aus Hamburg beeindruckt mich Freunden und Bekannten hierdurch ergeben zu anzeigen. Danzig, den 27. April 1874.

Julie Morwitz,  
1479) geb. Höhne,

Heute Abend 6¾ Uhr entschlief sanft nach kurzem Kräutnlager meine innigst geliebte Frau, unsere heilige Mutter, Schwieger- und Großmutter Juliane Justine Keiter im 69sten Lebensjahr.

Danzig, den 27. April 1874.  
1501) Die Hinterbliebenen.

Heute starb unser lieber Otto im Alter von 11 Monaten an der Gehirnentzündung. Gr. Lichtenau, 27. April 1874.  
1485) A. Nies und Frau.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 8 Uhr endete ein sonderbares längeres Leiden meines lieben Mannes, des Gutsbesitzers August Grob, welches ich im Namen aller Hinterbliebenen hiermit tief betrübt anzeigen.

Bielawken, den 27. April 1874.  
1488) Albertine Grob,  
geb. Jost.

## Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute unter No. 374 bei der Firma

Fr. Carl Schmidt

folgender Bemerk eingetragen:

dieses Geschäft ist mit Aktivis und Passiva unter der bisherigen Firma auf die Gebrüder Franz, Carl Schmidt und George Victor Schmidt zu Danzig übergegangen.

Herner ist die den genannten Gebrüder Schmidt für diese Firma ertheilte Procura (No. 318 des Procurenregisters) gelöscht worden.

Endlich ist in unser Gesellschaftsregister unter No. 270 die Gesellschaft in Firma

Fr. Carl Schmidt

zu Danzig mit dem Bemerk eingetragen,

dass die Gesellschaft sind:

1. der Kaufmann Franz Carl Schmidt,  
2. der Kaufmann George Victor Schmidt,  
beide zu Danzig, und dass die Gesellschaft am 23. April 1874 begonnen hat.

Danzig, den 25. April 1874.

Kgl. Commerz- und Admiralitäts-Collegium.

## Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute unter No. 950 die Firma

P. Franzen

zu Danzig und als deren Inhaber der Kaufmann Peter Franzen zu Danzig eingetragen worden.

Gleichzeitig ist in unser Procurenregister unter No. 343 eingetragen, dass der Kaufmann Peter Franzen für die vorbezeichnete Firma seiner Cheffrau Marie geb. Harder hierfür Procura ertheilt hat.

Danzig, den 23. April 1874.

Königl. Commerz- u. Admiralitäts-Collegium.

## Auction zu Langeführ No. 19.

Donnerstag, 30. April 1874,

Vormittags 10 Uhr,  
werde ich zu Langeführ No. 19 im Auftrage des Bäckermeisters Herrn Natschke wegen Aufgabe der Wirtschaft an den Meistbiedenden verkaufen:

2 gute Wagenpferde, 3 Mastschweine,  
2 Verdeck-Droschen, 1 Glasfenster-,  
1 Halbverdeck- und 2 Jagdwagen,  
darunter einer mit Verdeck, 1 Kani-  
lienwagen mit 3 Gefäßen, 1 Kasten-,  
1 Kloso- und 2 Arbeitswagen mit  
Leitern, 1 Handwagen mit Wasser-  
tonne, 1 Verdeck, 1 Jagd, 1 russi-  
schen Spazier-, 2 Schlittenpelzdecken,  
Schlittenglocken, diverse Spazier- u.  
Arbeitsgeschirre, Säume, Leinen,  
Halstöppeln, Sättel, Holzfäden,  
Fälsche, Landhaken, eisenz. Ecken,  
Bracken, 1 Häckselmaschine mit 3  
Messern, diverse Stallutensilien, 1  
Partie Nutz- und altes Eisen, 2 De-  
cimalwaagen, 1 großen und diverse  
kleine Waageballen, ca. 50 Getreide-  
und Meßfäße, Bettgestelle, her-  
schaftliche und Gefünderbetten, Spinde,  
Tische, Stühle, Haus- und Küchen-  
geräth, 1 Quantum Heu und einige  
Sack Roggenricht- und Streu-  
stroh u. c.

Fremde Gegenstände dürfen nicht einge-  
bracht werden. Den Zahlungs-Termin  
werde ich den mir bekannten Käufern bei  
der Auction anzeigen. Unbekannte zahlen  
sofort.

Janzen, Auctionator.

Breitgasse No. 4.

942) Bormals Joh. Jac. Wagner.

Frische Silberlachse,  
in Fischen von 6 bis 15 lb zum Marktpreise,

Getten Räucherlachs  
in großen Hälften und ausgemogen versen-  
det billigst unter Nachnahme

1512 Brunzen's Seefischhandlung.

Ein Colonial- und Schankhaus ist Ver-  
änderung haller zum 1. Juli auch so-  
zu verkaufen. Prei. unter 1517 in der Exp.  
dies. Stg. erbeten.

# Tapeten

von den einfachsten bis zu den feinsten Golddecorationen,  
Velours und Holz, empfiehlt in reichhaltigster Auswahl zu  
den billigsten Preisen

Otto Klewitz, vormals Carl Heydemann,  
Langgasse No. 53.

NB. Vorjährige Tapeten zu ganz bedeutend herab-  
gesetzten Preisen.

Drogen,  
Apotheker-Waren,  
Farben,  
Pharmac. u. techn.  
Chemikalien,  
Aetherische Öle,  
Essenzen,  
Firnisse u. Lacke,  
Tinten u. Stempel-  
farben eigener  
Fabrik,  
Thee-Lager.

Hermann  
Lietzau,  
Chemiker und Apotheker,  
DANZIG,  
Holzmarkt No. 22.

Grosses Lager  
von Parfümerien,  
Pomaden und  
Toilette-Artikeln,  
Feine Toilette- und  
Haus-Seifen,  
Medizinische  
Seifen,  
Brennstoffe,  
Wäsche-Artikel.

## Danziger 5% Kreis-Obligationen

sind sämtlich gekündigt

und lösen wir dieselben schon von jetzt ab inclusive Coupon per 1. Juli mit  
R. 102. 15 Sgr. per 100 R. kostenfrei ein, wodurch den Interessenten ein  
zweimonatlicher Zinsgewinn von 25 Sgr. per 100 Thaler als Aufgeld  
gewährt wird.

Meyer & Gelhorn, Danzig,

Bank- und Wechsel-Geschäft.

1497)

## Französische Long-Chales, Englische Rips- u. Lama-Tücher

empfiehlt in großer Auswahl

S. Baum.

## Adolph Lotzin, Manufactur- und Seidenwaren-Handlung, Langgasse 76.

beehrt sich ergebenst mitzuteilen, dass in seinem Etablissement die  
Neuheiten für die bevorstehende Saison in

## Schwarzen Costümstoffen

zur gefälligen Ansicht ausgelegt worden sind.

Die umfangreiche Collection besteht aus folgenden einzelnen  
Artikeln, von denen jeder auf's Sorgfältigste assortirt ist und  
die außerdem sich sämtlich durch ein vorzügliches neues Schwarz,  
welches von früheren Färbungen wesentlich abweicht, und durch eine  
verbesserte, schöne, dauerhafte Appretur vortheilhaft auszeichnen.

### Schwarze ganzwollene Stoffe.

Französische Cachemires und Cachemirrennes.

Französische Cachemire double.

Velours long. Velour Biarritz.

Velours de laine. Cachemire Victoria.

### Schwarze halbwollene Stoffe.

Engl. Köper-Thibet. Langgerippten Velours.

„ Stout-Alpaca. Seiden-Alpaca.

„ Stout-Lustres. Demi-Lustres.

### Schwarze haltbare Seidenstoffe.

Drap de France. Cachemire Royale.

Taille de Lyon. Satin luxor.

Croisé double tout cuir.

Moire antique (noir Lincoln).

### Schwarze Lyoner und Crefelder Seiden- Sammete.

(9691)



mit den neuesten Musikalien, die sämtlich leihweise gegeben werden, reichlich ver-  
sehen, empfiehlt sich zu ferner Abonnements.

Billigste Bedingungen. Eintritt jederzeit.

## Herings-Auction

Donnerstag, den 30. April 1874, Vormittags 10 Uhr, mit  
Norwegischen Fetteringen, sowie mit  
Schottischen Crownbrand-Ihlen und  
Crownbrand-Maties-Heringen

im Heringsmagazin „Langlauf“, Langgasse No. 1 von

1436)

Robert Wendt.

H. Lux, 2

26. Jopegasse 36,  
empfiehlt sein großes Lager vor-  
züglichster Frischfleidungen für  
die bevorstehende Sommer-Saison  
für Herren, Damen u. Kinder.

(1438)

## Eine Verkäuferin

findet in meinem Confection-Ges-  
äft sofort nach dem Sommer-  
Engagement. Damen, welche in  
dieser Branche thätig gewesen, erhalten  
den Vorzug.

Hermann Gelhorn, Langgasse 28.

## In d. Kindergarten

Poggewohl No. 11, beginnt am 1. Mai der Sommer-  
Curus. Spiele und Beschäftigungen  
werden bei schwämmen Wetter im Freien  
ausgeführt. Anmeldungen neuer  
Kinder werden täglich angenommen.

1430) Louise Grünnauer.

## Maitrank

täglich frisch, empfiehlt billig  
C. H. Kiesau, Hundegasse 34.

(1498)

## Telegraphen-Halle

empfiehlt gutes Bissener Bier und Mittags-  
stück von 12 bis 2 Uhr.

(1505)

## Telegraphen-Halle,

Langenmarkt No. 38, Ecke der Kürschnergasse.

Heute Abend

Krebsuppe und

## Krebs-Essen.

Deutscher Volksgarten  
in Ohra, früher Ostbahn.

Einem geehrten Publikum Danzias so-  
wie meinen werten Freunden u. Gästen  
empfiehlt mein auf's beste renovirte  
in Blüthen stehende Garten ganz ge-  
horhaft und bitte mein neues Unternehmen  
gütig unterstützen zu wollen.

1500) S. Matthesius.

## Concert-Anzeige

für Pr. Stargardt und

Umgegend.

Mittwoch, den 29. April 1874,  
im Saale der Fr. Wolff wird von Mit-  
gliedern des „Elbinger Stadt-Theaters“

ein

## Vocal- u. Instrumental- Concert,

bestehend aus klassischen u. komischen Musi-  
kstücken gegeben.

Programms an der Abendstafle.

Entree 7½ Sgr. Aufang 7½ Uhr. (1489)

## Circus M. Blumenfeld

auf dem Heumarkt.

Morgen Mittwoch, den 29. d. Mts.

Große Vorstellung.

Aufang 6½ Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr Abends.

Worih Blumenfeld, Director.

## Der Postillon d'amour in der Langgasse.

Th. Bertling's deutsche, französische u.  
englische Leihbibliothek, Jopegasse 10. Täg-  
lich von 9—1 und 2—6 Uhr.

(1499)

Königsberger Pferde-Lotterie a 1 R.

Stettiner Pferde-Lotterie a 1 R. bei

Königsberger Lotterie a 1 R. bei

Theodor Berling, Gerbergasse 2.

Redaktion, Druck und Verlag von

A. W. Käfemann in Danzig.

## Caecilie Wahlberg,

8, Wollwebergasse 8,  
empfiehlt in großartigster Auswahl

## Frühjahrs- u. Sommerhüte

vom billigsten bis zum hochfeinsten Genre.

## Stroh-Hüte

in allen möglichen Geslechten und Farben zu billigsten festen Preisen. (